



## **Niedersachsens Kommunen auch 2025 mit Finanzierungsdefizit – Verschuldung steigt dramatisch**

### **BdSt sieht Handlungsbedarf bei Kommunalfinanzierung**

Hannover, den 14. April 2026 – Laut heutiger Mitteilung des statistischen Landesamts erzielten Niedersachsens Kommunen im Jahr 2025 mit einem Minus von 3,65 Mrd. Euro schon zum sechsten Mal in Folge ein Finanzierungsdefizit – und das trotz deutlich gesteigener Steuereinnahmen (+7,8 % ggü. 2024). Laut Bund der Steuerzahler ein klares Indiz für eine grundlegend aus den Fugen geratene Kommunalfinanzierung.

Mit besonderer Sorge blickt der Bund der Steuerzahler auf den rasanten Anstieg der Kommunalverschuldung: Innerhalb von nur einem Jahr wuchsen die Schulden der niedersächsischen Städte, Gemeinden und Landkreise um 22,4 Prozent, von 18,8 Mrd. Euro auf 23 Mrd. Euro. Dass dieser Zuwachs nicht nur auf eine höhere Investitionstätigkeit zurückzuführen sein kann, offenbart ein Blick auf die Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich, die im vergangenen Jahr um satte 67,5 Prozent auf fast 3 Mrd. Euro angewachsen sind.

„Schulden gibt es längst nicht mehr zum Nulltarif. Für jeden Euro, den sich die Kommunen am Kreditmarkt leihen, müssen sie dauerhaft Zinsen zahlen. Diese Gelder sind einfach weg und stehen den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht zur Verfügung“, warnt BdSt-Vorstandsmitglied Jan Vermöhlen. Allein im vergangenen Jahr 2025 seien die Zinszahlungen um 18,2 Prozent auf insgesamt rund 492 Mio. Euro gewachsen. Seit 2022 (239 Mio. €) haben sich die Zinsausgaben damit sogar mehr als verdoppelt. Vermöhlen geht davon aus, dass die Zinslasten wegen der hohen Neuverschuldung in den nächsten Jahren weiterhin kräftig steigen werden.

### **Umfang und Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben überdenken**

Der Bund der Steuerzahler warnt: Ohne grundlegende Änderungen bei der Kommunalfinanzierung drohe vielen Kommunen schon bald die finanzielle Überforderung. Es brauche gesamtstaatliche Debatten darüber, welche Aufgaben und Leistungen die Kommunen künftig überhaupt noch erbringen und finanzieren können. An den bereits auf die Kommunen übertragenen Pflichtaufgaben müssten sich das Land Niedersachsen und der Bund zwingend stärker beteiligen. Keinesfalls dürften den Städten, Gemeinden und Landkreisen neue Aufgaben aufgebürdet werden.

## **Bund der Steuerzahler: Gebietsreformen dürfen nicht länger tabu sein!**

Der Bund der Steuerzahler sieht jedoch auch die Kommunen in der Pflicht. „Von den rund 940 Städten und Gemeinden in Niedersachsen weisen 400 Kommunen weniger als 2.000 Einwohner und 200 Kommunen sogar weniger als 1.000 Einwohner auf. Diese Kleinheit der Verwaltungseinheiten können wir uns nicht länger erlauben“, mahnt Vermöhlen und verweist auf das bevölkerungsreichste Nachbarland NRW, wo es gerade mal 396 Städte und Gemeinden gebe. Er fordert, dass Gebietsreformen in Niedersachsen forciert werden müssten, auch durch finanzielle Anreize des Landes.

Für Gebietsreformen sprächen laut Vermöhlen nicht nur finanzielle, sondern auch personelle Gründe. „Schon heute ist der Alltag in vielen Rat- und Kreishäusern von Fachkräftemangel und Personalengpässen geprägt. Allen Verantwortlichen muss unmissverständlich klar sein, dass sich diese Probleme in den nächsten Jahren aufgrund des rasant fortschreitenden demografischen Wandels noch deutlich verschärfen werden.“ Gemeindefusionen wären ein geeignetes Mittel, um den Personalbedarf auf kommunaler Ebene dauerhaft zu senken.

Ein nachahmenswertes Beispiel fände sich im Landkreis Stade, wo die aus fünf Mitgliedsgemeinden bestehende Samtgemeinde **Nordkehdingen** zum 1. November 2026 zu einer Einheitsgemeinde mit ca. 7.000 Einwohnern verschmelzen werde. Auch in der Samtgemeinde **Lühe** (sechs Mitgliedsgemeinden, ebenfalls LK Stade) werde bereits intensiv über eine Fusion zur Einheitsgemeinde nachgedacht.

Hinweis:

Die Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes (LSN) können Sie [hier](#) abrufen.